



Beim 9. Hessischen Sozialforum am 26. April 2014 in Frankfurt wurden im Rahmen von Workshops folgende Forderungen an die Hessische Landesregierung formuliert:

Arbeit

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung ein Tariftreue- und Vergabegesetz, das einen Mindestlohn für alle, soziale und ökologische Qualitätsstandards, eine Fortbildungsquote sowie das Equal-Pay-Prinzip gewährleistet, und dessen Einhaltung kontrolliert wird.

Bildung

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung die Überwindung der hohen sozialen Selektivität im Bildungswesen und die Sicherung eines umfassenden Rechts auf Bildung für alle durch eine angemessene Finanzierung anstelle zunehmender Ökonomisierung.

Gesundheit

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung, dass sie in Kooperation mit den Kommunen regionale Fallkonferenzen einrichtet, mit dem Ziel der Transparentmachung struktureller medizinischer Unterversorgung bestimmter Personengruppen sowie zur Entwicklung konkreter praktischer Versorgungslösungen.

Nachhaltige Regionalentwicklung

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung die Entwicklung eines Gesamtkonzepts zur Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung, das regionale Wertschöpfung fördert, ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet ist sowie den ÖPNV gezielt fördert und als Instrument der Daseinsvorsorge versteht.

Migration & Flüchtlinge

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung, dass Flüchtlinge von Anfang an integriert werden. Dazu gehören ein Unterbringungskonzept, Sprachkurse, die Anerkennung von Qualifikationen, sozialarbeiterische Betreuung sowie die Anbindung des Themas Flüchtlinge an das Integrationsministerium.

Wohnen

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung Maßnahmen zur Verbesserung der Mietsituation, wie die Erhöhung der Mittel für sozialen Wohnungsbau, die Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende, die Wiedereinführung des Verbots der Zweckentfremdung sowie die Verbesserung des Mieterschutzes, insbesondere die Verhinderung einer Umlegung von Modernisierungskosten auf die Mieter.



Trägerkreis:

agah – Landesausländerbeirat Hessen, Attac Frankfurt, Attac Wiesbaden, Bündnis der Bürgerinitiativen gegen Flughafen- ausbau, Bündnis »Soziale Gerechtigkeit in Hessen«, DGB-Jugend Hessen, Flüchtlingsrat Hessen, Föderation Demokratischer Arbeitervereine DIDF Frankfurt, Förderverein Trommel e.V. Wiesbaden, Friedens- und Zukunftswerkstatt, GEW Hessen, IG Metall Bezirk Frankfurt, Initiative für einen Politikwechsel, Katholische Akademie Rabanus Maurus, NaturFreunde Hessen, Gewerkschaft NGG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Pax Christi Bistum Limburg, ver.di Hessen.